

Eine „harte Nuss“ als Geschenk

Vor 60 Jahren in Hamburg (NWDR-Geschichte, Teil IX)

RUNDFUNK-
GESCHICHTE

„We are keeping a watchful eye“, lautete die Devise der Briten – „a watchful eye on developments in NWDR and in particular on the possibility of the emergence of an anti-occupational trend“. Der Deputy Chief der Information Service Division (ISD) war sich – wie hier im Sommer 1949 gegenüber dem Deputy Regional Commissioner der Hansestadt Hamburg – mit vielen militärischen und politischen Vertretern seines Landes einig, dass der Umgang der Deutschen mit dem Geschenk des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aufmerksam zu beobachten sei. Ein Netz von Verbindungsoffizieren, zuständig für spezielle Bereiche oder eingesetzt an den einzelnen Funkhäusern in Hamburg, Köln und Berlin, sollte – bis etwa 1951 – darauf acht geben, dass: „His Majesty's Government's policy and views are projected in the output of N.W.D.R.“ Hinzu kamen Dienststellen etwa wie die „German Section“ beim „Foreign Office“ in London oder Personen wie Miss Marion Bieber, die Ansprechpartnerin für alle Fragen den NWDR betreffend beim Headquarter in Wahnerheide war. Ganz offensichtlich sahen die Briten Anlässe und Gründe genug, die von ihnen angestoßene Entwicklung im Bereich des Rundfunks genau zu verfolgen.

Seit 7/8/2002 berichten Mitarbeiter des Forschungsprojekts zur Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland am Hans-Bredow-Institut in Hamburg in loser Folge über einige Arbeitsergebnisse.

„Unabhängigkeit von Einflüssen des Staates und der parteipolitischen Richtungen“

Der 1. Januar 1948 markierte das entscheidende Datum. Die britische Besatzungsmacht hatte zu diesem Tag die Rundfunkeinrichtung in ihrer Zone lizenziert und damit vor genau 60 Jahren den Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR) zur ersten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt im Nachkriegsdeutschland ernannt – mehrere Monate, bevor im Verlauf des Jahres 1949 die Sender in der amerikanischen und französischen Zone diesen Schritt vollziehen sollten.

Ungewöhnlich für die Zielsetzung, eine demokratisch funktionierende Rundfunkeinrichtung zu errichten, die sich nur der Öffentlichkeit verpflichtet fühlen sollte, erscheint die Tatsache, dass der NWDR mittels einer Militärverordnung ins Leben gerufen worden war, nicht wie in den anderen westlichen Besatzungszonen über den schwierigen Prozess eines Gesetzgebungsverfahrens in den Länderparlamenten. Mit der im „Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet“ veröffentlichten „Verordnung Nr. 118“ wurde der NWDR in eine sehr weit gehende Unabhängigkeit als Anstalt des öffentlichen Rechts entlassen. Hugh Carleton Greene, seit Oktober 1946 Chief Controller des Rundfunks in der britischen Zone, hatte dies in nur etwas mehr als einem Jahr ermöglicht.

Die in Deutschland neue juristische Konstruktion einer öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltung und Kontrolle des Rundfunks wurde am 30. Dezember 1947 in einer Feierstunde in der Hamburger Rothenbaumchaussee deutlich vor Augen geführt. Christopher Steel, Leiter der Politischen Abteilung in der Kontrollkommission und politischer Berater der Militärregierung, überreichte das Vertragswerk, das NWDR-Statut, an Wilhelm Kiesselbach. Dieser war als Präsident des Zentraljustizamtes von den Briten zum Vorsitzenden des ersten Hauptausschusses ernannt worden. Vor den im Hamburger Funkhaus versammelten deutschen Vertretern aus Politik und Gesellschaft beschwor Steel noch einmal eindringlich „die Garantie der Unabhängigkeit von Einflüssen des Staates und der parteipolitischen Richtungen“ (Dokument, Nr. 1).

Von der Idee eines vom Staat unabhängigen und von parteipolitischen Einflüssen möglichst freien Rundfunks war niemand so sehr überzeugt wie Hugh

Carleton Greene. Aber der Brite, der die deutschen Verhältnisse so genau kannte, wusste nur zu genau, dass wenige Deutsche seinen Vorstellungen von einer Rundfunkordnung folgten, die lediglich der „Öffentlichkeit“ gegenüber verantwortlich sein soll. Seine Gegner waren die Vertreter der seit Kriegsende neu entstandenen, demokratisch legitimierten Parteien. Konrad Adenauer, CDU-Vorsitzender und erster deutscher Bundeskanzler, machte noch lange Zeit aus seiner Ablehnung der „Hinterlassenschaft der englischen Besatzung“ keinen Hehl und prägte in einer öffentlichen Kundgebung im Mai 1950 das Bonmot von der „harten Nuss“, an der er und seine Partei zu „knabbern“ hätten.

SPD: „Undurchsichtige Interessenpolitik“

Aber auch die SPD hielt mit ihrer Kritik nicht zurück. In einer eigenen „Denkschrift über Verfassung und Programmgestaltung des NWDR“ veröffentlichte sie 1948 ihre Vorbehalte. Die 28-seitige, engzellig gesetzte Broschüre des SPD-Parteivorstandes in Hannover setzte sich mit dem NWDR-Statut selbst auseinander, fällte ein vernichtendes Urteil über das Finanzgebaren der Rundfunk-einrichtung und legte die Ergebnisse ihrer Programmebeobachtungen vor.

Das Dokument Nr. 2 bietet eine ausgewählte Textpassage dieser für Rundfunk- und Programmhistoriker in vielerlei Hinsicht bemerkenswerten Schrift – den Abschnitt über „Das politische Gesicht des NWDR“. In diesem Teil prangert man die für die Gremien angestrebte Überparteilichkeit als ein Prinzip an, das als „ständisch“ verstanden wird und das einer „undurchsichtigen Interessenpolitik“ Vorschub leiste.

Massive Widerstände

Der gerade gegründete öffentlich-rechtliche Rundfunk sah sich also von Anfang an massiv unter Beschuss. Um dessen organisatorisches Modell zunächst einmal grundsätzlich zu sichern, hatte man in der Verordnung 118 eine Bestandsgarantie verankert – die komplexe juristische Konstruktion hätte nur mit dem Einverständnis der Briten verändert werden können. Zusätzlich aber übernahm der ehemalige Chief Controller Hugh Carleton Greene – vorübergehend zwar – das Amt des ersten Generaldirektors der Rundfunkanstalt. Erst am 15. August 1948 übergab er es an Adolf Grimme, der als SPD-Politiker bis dahin in Niedersachsen das Kultusministerium geleitet hatte. Die Legende will, dass Greene auch im Sommer 1948 noch die Widerstände zu spüren bekam und der Hamburger Bürgermeister Max Brauer ihm angesichts seiner Rede von der parteipolitischen Unabhängigkeit des Rundfunks mehr oder weniger vernehmlich zuraunte: „Es wird Ihnen nicht gelingen“.

Der in diesen Jahren erbittert geführte Kampf um die Politisierung des Rundfunks nahm also an Schärfe zu, aber er setzte offensichtlich auch – wie der Richter am Bundesverfassungsgericht, Wolfgang Hoffmann-Riem, in seiner Rede 2006 zum 50-jährigen Bestehen des NDR urteilte – eine „wechselseitige Balance“ in Kraft. Hoffmann-Riem betonte, „was beim NWDR/NDR auch zu beobachten war: dass der Streit der Parteien um Einfluss das Wesen einer parlamentarischen Demokratie ausmacht, also einer Rechtsordnung, die Freiheit auch dadurch garantiert, dass gesellschaftspolitisch unterschiedliche, in Parteien gebündelte Interessen die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln.“

Auf sehr vielen Ebenen fanden demokratische Lernprozesse in den langen 50er Jahren statt – aufmerksam beobachtet und mitunter sehr langsam und mühsam.

Unser Autor.

Dr. Hans-Ulrich Wagner
ist Leiter der Forschungs-
stelle zur Geschichte des
Rundfunks in Nord-
deutschland am Hans-
Bredow-Institut
in Hamburg

Hans-Ulrich Wagner

Die Ansage

MITTEILUNGEN DES NORDWESTDEUTSCHEN RUNDFUNKS

Rückfragen an die Pressestelle des NWDR • @ Hamburg 13
Krothenbaumchaussee 132-134 • Fernruf 44 10 31 • Apparat 193 -
NWDR Sender Köln • Dagobertstr. 38 • Fernruf 70141 -
NWDR Sender Berlin • Heidelberger Platz 3 • Fernruf 87 0251

SENDER:

Hamburg	331,9 m =
Köln (Langenberg)	904 kHz
Berlin II	225,6 m =
Hannover	1330 kHz
Flensburg	49 m =
Kurzwelle	6115 kHz

DRAHTFUNK:

Hamburg	1200 m =
Schleswig-Holstein	250 kHz
Berlin	1339 m =
	224 kHz

Hamburg, den 30. Dezember 1947

Ueberreichung des NWDR-Statuts

In einer kurzen feierlichen Veranstaltung wurde heute, am 30. Dezember 1947, im grossen Sendesaal des Nordwestdeutschen Rundfunks das neue Statut des NWDR von Mr. C.E. Steel, dem politischen Berater des Militaergouverneurs der britischen Besatzungszone Deutschlands, an Dr. Wilhelm Kiesselbach, dem Vorsitzenden des Hauptausschusses des NWDR, ueberreicht. Der Sendesaal bot ein festliches Bild, und viele Vertreter der Presse und des oeffentlichen Lebens waren erschienen. Die Feierstunde wurde durch die "Phantasia" von William Byrd eingeleitet, gespielt von dem Kammerorchester unter Leitung von Hans Schmidt-Isserstedt.

Anschliessend sprach der Zivilgouverneur der Stadt Hamburg, Mr. H.V. Berry, ueber die Aufgaben und Ziele des Rundfunks. Mr. H.V. Berry schloss mit den Worten: "Ich wuensche dem Nordwestdeutschen Rundfunk allen Erfolg in seiner schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe".

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Ansprache des politischen Beraters des Militaergouverneurs, Mr. C.E. Steel. Der Redner gab zunaechst einen kurzen Ueberblick ueber die Lage des Rundfunks im Dritten Reich und ging dann zu dem neuen NWDR-Statut ueber, das eine Garantie der Unabhaengigkeit bedeute. U.a. fuehrte Mr. C.E. Steel aus: "Es ist ausdruuecklich festgelegt worden, dass der Rundfunk in voller Unabhaengigkeit von Einflussen des Staates und parteipolitischen Richtungen betrieben werden wird. Weiterhin heisst es, dass die Mitglieder des Verwaltungsrates, der fuer die Hauptgrundzuege der Rundfunkpolitik verantwortlich ist, keine Sonderinteressen irgendwelcher Art vertreten und von keiner Seite Instruktionen bezueglich der Fuehrung des Amts entgegennehmen duerfen. Diese Bestimmungen haben von einigen Seiten aus Kritik hervorgerufen. Ich weiss jedoch, dass die fuehrenden Maenner des heutigen deutschen Rundfunks und viele Leute im deutschen oeffentlichen Leben diese Bestimmungen auf das Waermste begruessen. Denn sie bedeuten eine Garantie dafuer, dass der Rundfunk seine Aufgabe weiter durchfuehren kann, ohne in das Auf und Ab der Parteipolitik hineingezogen zu werden. Sprecher der grossen politischen Parteien werden wie bisher die Moeglichkeit haben, ueber den NWDR zu sprechen, und ich hoffe sehr, dass das Verhaeltnis zwischen den Parteien und dem NWDR eng und freundschaftlich sein moege.

Diese Feierlichkeit heute kroent mehr als 2 1/2 Jahre harte Arbeit. Trotz der grossen ausserlichen Schwierigkeiten, die es zu ueberwinden galt, hat der NWDR sich einen Ruf fuer zuverlaessige Nachrichten, fuer freie Kommentare und kuenstlerische Leistungen erworben, der weit ueber die Grenzen der britischen Zone, sogar ueber die Deutschlands hinausgeht".

Mr. C.E. Steel gab dann noch bekannt, dass sich im naechsten Jahr die Fachleute aller europaeischen Laender treffen werden, um eine Neuverteilung der Wellenlaengen zu beraten, die Anfang 1950 in Kraft treten soll. Wenn dann die noetigen Wellenlaengen verfuegbar werden, waere dann auch der Zeitpunkt fuer Koeln gekommen, neben Hamburg ein eigenes Programm zu senden. - Bis zu dem Zeitpunkt, an dem ein deutscher Generaldirektor ernannt wird, und Mr. C.E. Steel hoffte, dass dies im naechsten Sommer der Fall sein wuerde, wird Mr. Hugh Carleton Greene zwei Aufgaben zugleich erfuehlen: er wird sich um die Interessen der Besatzungsmacht kuenmern und gleichzeitig den Platz eines Generaldirektors ausfuehlen.

Nach Mr. C.E. Steel sprach der Vorsitzende des Zentraljustizamtes der britischen Zone in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Hauptausschusses des NWDR. Dr. Wilhelm Kiesselbach gab naehere Erlaeuterungen zu den Satzungen des NWDR.

Zum Abschluss der Feierstunde ergriff der Programmdirektor des NWDR, Eberhard Schuetz, das Wort. E. Schuetz fuehrte u.a. aus, dass der Nordwestdeutsche Rundfunk jetzt aus dem Zwielficht heraustrete, das bisher ueber seiner Arbeit gelegen habe. "Das Streben, das unsere Arbeit leitete: unabhængig und unbeeinflusst von Sonderinteressen verantwortlich der gesamten deutschen Oeffentlichkeit, Wissen, Kultur und Unterhaltung zu vermitteln, hat jetzt in den Satzungen des Nordwestdeutschen Rundfunks den organisatorischen Halt und die juristische Garantie gefunden". Im Namen der Mitarbeiter dankte E. Schuetz der britischen Militaerregierung fuer das grosszuegige Verstaendnis, das sie den deutschen Mitarbeitern entgegengebracht habe. Die Militaerregierung habe es ihnen ermoeeglicht, ohne Gewissenskonflikte arbeiten zu koennen. Abschliessend sagte der Redner: "Unser Beitrag zur Unabhængigkeit des Nordwestdeutschen Rundfunks - und dazu moechte ich uns, die Mitarbeiter, in dieser Stunde verpflichten - sei die Qualitaet und Integritaet unserer Arbeit frei von allen Sonderinteressen."

Zum Ausklang der Feier spielte das Kammerorchester das Finale aus der Sinfonie A-dur von Wolfgang Amadeus Mozart, K.V. 201, und anschliessend fanden sich die Pressevertreter zu einer kurzen Pressekonferenz zusammen.

Sehr geehrte Redaktion !

In der Anlage ueberreichen wir Ihnen die Satzungen des NWDR-Statuts und verbleiben mit den besten Wuenschen fuer das Neue Jahr

NORDWESTDEUTSCHER RUNDFUNK
Pressestelle

DENKSCHRIFT über Verfassung und Programmgestaltung des NWDR

A. Die Verfassung

1. Die neue Organisation des NWDR

a) Die Satzungen

(...)

b) Das politische Gesicht des NWDR

In den Satzungen wird ausdrücklich betont, daß die Verwaltungsratsmitglieder in ihrer Tätigkeit nicht einer Beaufsichtigung durch andere Organe, auch Behörden oder sonstige Dienststellen des Staates, eines Landes oder einer anderen Körperschaft unterliegen dürfen. Gemeint ist vor allem, daß sie nicht in ihrer Tätigkeit in Abhängigkeit zu einer politischen Partei stehen; ferner ist von der SPD in ihrem Abänderungsvertrag zu den Satzungen die Teilnahme auch der politischen Parteien in der Zusammensetzung des Hauptausschusses gefordert worden. Diese Forderung ist bei den Vertretern der Militärregierung auf entschiedenes „Nein“ gestoßen. In dieser Hinsicht besteht zwischen den Vertretern der Militärregierung und den Vertretern der SPD seit jeher eine konstante Meinungsverschiedenheit. Die Meinung der SPD begründet sich wie folgt: Die Forderung von Seiten der Militärregierung wie auch von Seiten der SPD geht nach einem überparteilichen doch politischen Rundfunk; in ihren Zielen stimmen beide Kontrahenten miteinander überein. Gerade um die Überparteilichkeit zu wahren, lehnt die Militärregierung die Mitwirkung der politischen Parteien ab. Gerade um die Überparteilichkeit zu wahren, fordert aber auch die SPD die Beteiligung der politischen Parteien, denn wie kann eine Überparteilichkeit gewahrt werden, wenn das politische Gesicht der Rundfunkleitung, die sich aus verschiedenen Vertretern der Stände und Behörden zusammensetzt, völlig im Dunkeln ist? Wer vermag andererseits besser über die Parteilichkeit zu wachen, als ein Gremium, in dem die Vertreter nicht als Angehörige der Stände politisch-undurchsichtige Personen, sondern in ihrer Eigenschaft als Politiker ohne Maske und mit offenem Gesicht vertreten sind.

Ist dieses nämlich nicht der Fall, arbeitet man als scheinbarer Nicht-Politiker unter der Devise einer Überparteilichkeit, so stellt sich erfahrungsgemäß ein Schwimmen in politischen und nichtpolitischen Meinungen ein. Das gesamte Institut wird von einer politischen Unsicherheit und Undurchsichtigkeit durchwässert, und es entsteht dabei teils ein manchmal der öffentlichen Politik abgeneigtes Symptom, teils aber manchmal eine aus dem Versteck herausbrechende politische Haltung einzelner, die dann mit scharfen Spitzen gegen die politisch Andersdenkenden, also auch gegen die ihnen jeweils abholden Parteien, gerichtet ist.

Hieraus ergeben sich jene unerquicklichen Zufälle, die wir so oft erlebt haben, indem nämlich jede, aber auch jede Partei sich angegriffen und benachteiligt fühlt und den Eindruck hat, daß der Rundfunk gerade gegen sie gerichtet und von den anderen Parteien durchseucht sei. Nichts aber ist für die Öffentlichkeit und gerade im Hinblick auf ihre politische Erziehung ungeschickter und unerträglicher als dies. Aus der Dunkelheit kann kein Licht kommen, nur im Hellen kann das politische Leben gedeihen, nur aus den klaren Verhältnissen andererseits kommt auch die Helligkeit. Darum brauchen wir eine wohlgeordnete und klare Ordnung, in der ersichtlich ist, welche politischen Kräfte in der Gestaltung des NWDR mitwirken. Daß diese politischen Kräfte Fachkräfte sind und sein müssen, versteht sich hierbei von selbst. Auch jene ständischen Vertreter haben ja ein politisches Gesicht, nur weiß man es nicht. Wir wollen nichts anderes, als daß man das politische Gesicht weiß und mit diesem politischen Gesicht zugleich auch den fachlichen Vertreter kennt. Ist dieses Gremium, welches den Hauptausschuß und zugleich

RUNDFUNK- GESCHICHTE

auch den Verwaltungsrat bildet, in seiner politischen Struktur klar, wobei diese Struktur dem politischen Gesicht der Öffentlichkeit in wesentlichen Zügen entspricht, so ist dieses Gremium auch am ehesten dazu befähigt, die Überparteilichkeit der Institution zu wahren, denn dann sorgt ja bereits jeder einzelne Vertreter dieses Gremiums dafür, daß die vom Rundfunk ausgesprochene politische Meinung nicht die eigene Partei, nicht die Parteien überhaupt, noch das aufzubauende demokratische Leben irgendwie verletzt. Wenn aber die Politik in solchem Geiste getrieben wird, und Politik zu treiben leugnet der Rundfunk ja nie, dann ist sie fürwahr überparteilich, und das gerade von der Besatzungsmacht gewünschte Bild wird am ehesten gewahrt.

Zugleich weiß auch jeder einzelne der Mitarbeiter im Rundfunk, woran er ist. Er hat nicht nötig, ängstlich in einem trüben politischen Teich zu lavieren, und er hat es auch nicht nötig, sich selbst zu verbergen und aus dem Dunkeln giftige Pfeile gegen einen vermeintlichen Windmühlenfeind abzuschießen. Unsere Forderung geht also nach Offenheit, nach dem anständigen Gesicht, nach einer klaren Ordnung, und wir sind uns sicher, daß wir in diesem Ziel mit der Besatzungsmacht durchaus übereinstimmen. Wir wissen aber aus den Verhältnissen unseres Landes und aus dem Charakter unseres Volkes heraus, daß wir diese Ziele am wirksamsten und schnellsten auf dem von uns angestrebten Wege, der nicht eine einseitige parteipolitische Methode ist, erreichen. In England mag das anders sein, darüber wollen wir auch nicht diskutieren. Da wir aber uns erstmal politisch auf die Beine zu stellen haben, damit wir auch sonst gesunden können, so müssen wir das Verfahren einschlagen, das unserem Lande gemäß ist. Wir fassen unsere Ansicht nochmals in den folgenden zwei Punkten zusammen:

1. Die Proklamation der Überparteilichkeit ohne Parteien hüllt das politische Gebaren des NWDR in einen dichten Nebel. Die darin wirkenden Personen sind aber nicht unpolitisch. Ihre politische Haltung ist entweder mit keiner der bestehenden Parteien identisch, dann schießen sie gegen die Parteien oder gegen die Demokratie – was dasselbe ist –, oder ihre politische Haltung ist mit der einer der bestehenden Parteien identisch, dann bevorzugen sie aus dem undurchdringlichen Nebel heraus ihre eigene Parteirichtung und schießen gegen die anderen. Dadurch wird im Laufe der Zeit jede Partei mehr oder minder angegriffen. Der Zustand ist chaotisch.

2. Wenn ein ständiges Gremium den NWDR leitet, so kann es geschehen, daß sich hernach herausstellt, daß dieses Gremium in der Mehrzahl aus solchen Politikern besteht, welche ausgerechnet der kleinsten Partei im Staate angehören. Das Ergebnis wird sein, daß der Rundfunk parteipolitisch dirigiert wird. Immer, wenn ein Institut vorgibt, überparteilich zu sein, dabei aber auf die Parteien verzichtet oder diese gar ablehnt, wird das Institut parteilich sein.

Wir betonen hierbei, daß es nicht unsere Absicht ist, den Rundfunk zu einem parteipolitischen Organ zu machen oder gar zu usurpieren. Wir halten lediglich eine Ablehnung der politischen Parteien bei der Mitarbeit für gefährlich, weil sie zu einem gegenteiligen Ergebnis als dem beabsichtigten führt. Unsere Forderung auf Mitarbeit kommt aus der Sorge um die Gestaltung der Öffentlichkeit, und wir sind überzeugt, daß diejenigen Persönlichkeiten, welche eine solche Sorge teilen, auch nur in den vordersten Reihen der politischen Parteien zu finden sind.

Wir haben den Wunsch, daß die Militärregierung diesen unseren Standpunkt ernsthaft studieren und seine Berechtigung erkennen möge.

Quelle:

Das politische Gesicht des NWDR. In: Denkschrift über Verfassung und Programmgestaltung des NWDR. Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Hannover o.J. [=1948], S.9-11. FGRN Hamburg.